

BRH AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH, Alicenplatz 4, 55116 Mainz

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb -

Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Verantwortlich: Dr. Herbert Bartsch

Nr. 85/2008

11.09.2008

Bahn will Ältere teilweise von Schalterzuschlag ausnehmen

Die Proteste haben (teilweise) Erfolg gehabt: Ältere und Behinderte sollen vom "Schalterzuschlag" in Höhe von 2,50 € ausgenommen werden. Das hat Bahn-Chef Mehdorn vor der Presse verkündet. Allerdings soll das nur gelten für die Besitzer von Senioren-Band-Cards, sodass andere ältere Personen den Zuschlag zahlen müssten. Der BRH, der gegen den Zuschlag frühzeitig protestiert hatte, kann das nur als eine Teillösung bezeichnen. Warum soll ein alter Mensch, der nicht so häufig Bahn fährt, dass sich die Bahn-Card lohnen könnte, den Zuschlag bezahlen müssen?

Verwaltungsgericht Braunschweig: Alimentation verletzt

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat auf eine Musterklage des dbb-Niedersachsen festgestellt, dass die Beamten des Landes im Jahr 2005 und danach nicht amtsangemessen besoldet worden sind. Es hat deshalb das bei ihm anhängige Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt. In einer ersten Stellungnahme zu der Entscheidung, die noch nicht schriftlich vorliegt, hat der dbb-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer die Entscheidung als einen "großen Erfolg" für den dbb bezeichnet. Das Gericht teile die Einschätzung des dbb-Landesbundes, »dass der Gesetzgeber in seinen diversen Sparbemühungen der letzten Jahre überzogen hat«. Ein Gericht darf ein Verfahren nur aussetzen und dem Bundesverfassungsgericht vorlegen, wenn es von der Verfassungswidrigkeit der entscheidungserheblichen Vorschriften überzeugt ist.

CDU in NRW für Vergünstigungen an Gewerkschaftsmitglieder

Nordrhein-Westfalens CDU-Landtagsfraktion fordert Vergünstigungen in Tarifverträgen, die ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder vorbehalten bleiben sollen. Das ergibt sich aus einem Papier zu dem Thema "Tarifautonomie sichern und stärken". Der Vorschlag soll Arbeitnehmer dazu anregen, die Gewerkschaften zu stärken, ohne dass daraus ein Mitgliedszwang werden dürfe. In dem Papier werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgerufen, sich der Tarifbindung nicht zu entziehen. Die Tarifautonomie müsse gestärkt werden. Die CDU-Fraktion ist gegen Mindestlöhne, aber auch gegen Lohndumping.

Ost-Regierungen fordern Anpassung der Rentenwerte

Die Regierungen der östlichen Bundesländer fordern gemeinsam, den Rentenwert Ost an den allgemeinen Rentenwert anzupassen. Dazu wollen sie am 10. Oktober 2008 eine entsprechende Initiative im Bundesrat einbringen. 18 Jahre nach der Vereinigung müssten die immer noch bestehenden Defizite ausgeglichen werden, heißt es zur Begründung. Derzeit liegt der Rentenwert, aus dem sich die Rente berechnet, im Osten immer noch um gut 12 Prozent unter dem Wert im Westen. Der BRH hat die Anpassung des Rentenwertes immer wieder gefordert.

Herzog übt heftige Kritik an EuGH

Der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Roman Herzog, ehemalige Bundespräsident, hat den Europäischen Gerichtshof (EuGH) heftig attackiert. In einem Artikel in der FAZ ("Stoppt den Europäischen Gerichtshof", 8.9.2008) vertritt er gemeinsam mit einem anderen Autor die Ansicht, der EuGH überschreite seine Kompetenzen und "erfinde" Grundsätze des Gemeinschaftsrechts.

Arbeitskosten in Deutschland gering gestiegen

Die Arbeitskosten sind in Deutschland im ersten Quartal 2008 um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das ist die niedrigste Wert in der Europäischen Union (EU), von Malta (2,0 Prozent) abgesehen, teilt das Statistische Bundesamt mit. Der Durchschnittswert liegt bei 4,3 Prozent in der EU und bei 3,3 Prozent im Euro-Raum. Die höchsten Zuwächse gibt es in den baltischen Staaten mit 33,3 Prozent (Lettland), 26,2 Prozent (Litauen) und 17,5 Prozent (Estland). Auch Rumänien (plus 19,6 Prozent) und Bulgarien (19,4 Prozent) haben gewaltige Fortschritte gemacht.

Körperschaftsteuer stark gesunken

Die Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften ist in der EU während der letzten neun Jahre um 11 Prozent auf durchschnittlich 23 Prozent gesunken. Das ergibt eine Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die weiter festgestellt hat, dass die Steuersätze für die Unternehmen nirgendwo sonst auf der Welt so schnell verringert wurden wie im Bereich der EU. In Deutschland ist die Entwicklung besonders eindrucksvoll, denn hierzulande ist der Steuersatz für die Körperschaftsteuer von 52,3 Prozent im Jahr 1999 über 38,4 Prozent (2001) auf 29,5 Prozent derzeit gesunken.

Beweglichkeit im Alter verbessert Gedächtnis

In mehrjährigen Untersuchungsreihen an der Berliner Charité hat sich bestätigt, dass Bewegung im Alter hilft gegen körperlichen und geistigen Abbau. Körperliches Training verbessert die Gedächtnisleistung, vermuten die Ärzte. Es lässt sich nachweisen, dass die Teilnehmerinnen von den Kursen profitierten. Ihre Gedächtnisleistungen hatten sich verbessert. Dabei kommt es nicht an auf die Art der zusätzlichen Tätigkeit. "Es ist egal, was Sie machen. Hauptsache, es ist neu und anregend", meinte einer der beobachtenden Ärztinnen. Von den älteren Damen, die sich beteiligten, hatten einige einen Sportkurs, andere eine Computereinführung absolviert. Bestätigt werden die Berliner Ergebnisse durch Versuchsreihen in Australien, über die in einem Fachblatt berichtet wurde. Ältere Personen mussten sich über einen längeren Zeitraum dreimal wöchentlich mindestens 50 Minuten lang zusätzlich kräftig bewegen. Die Teilnehmer hatten am Ende deutlich bessere Testwerte als Vergleichspersonen, die kein Bewegungstraining auf sich genommen hatten.

Angst vor dem Pflegefall

Die Angst vor der Inflation ist in Deutschland in den letzten Jahren stark gestiegen. Das ergibt die Langzeitstudie einer großen Versicherung, die seit 18 Jahren durchgeführt wird. Die Furcht, später zum Pflegefall zu werden, greift ebenfalls um sich. Viele glauben, dass ihre finanziellen Mittel im Alter nicht ausreichen werden, um das Pflegefall-Risiko abzudecken. Auch die staatlichen Sicherungssysteme werden als nicht ausreichend angesehen.

Bankrotterklärung des Systems

Die verstaatlichten US-Hypothekenbanken Freddie Mac und Fannie Mae werden die amerikanischen Steuerzahler bis zu 300 Milliarden US-Dollar kosten, schätzen Fachleute. Die Vorstandsvorsitzenden der beiden großen Banken mussten gehen, und zwar mit Abfindungen in Höhe von jeweils rund 15 Millionen Dollar für jeden von ihnen. "Das ist die völlige Bankrotterklärung des Systems, und die Probleme sind nur aufgeschoben", hat ein Börsianer zur Verstaatlichung gemeint.

Pflegehotline zu Heimverträgen

Fragen zum Thema Heimvertrag und zu ambulanten Pflegediensten beantwortet die Pflegehotline der Verbraucherzentralen, die eingerichtet wurde in Kooperation mit dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen. Die Hotline ist zu erreichen am Montag und Mittwoch jeder Woche in der Zeit von 10 bis 13:00 Uhr sowie am Donnerstagen von 10 bis 18:00 Uhr unter der Rufnummer 01803 770 5002.